

IAVG-Internet-Dokumentationen

## **Kapitalismus in Deutschland**

[www.iavg.org/iavg061.pdf](http://www.iavg.org/iavg061.pdf) / Stand: 08.03.2006

Unter der "Sozialen Frage" wird die Gesamtheit der sozialen Probleme einer Gesellschaft verstanden. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß weder das Wirtschaftsordnungssystem des Kapitalismus noch das des Sozialismus in der Lage ist, die Soziale Frage einer Lösung näherzuführen. Aus diesem Grunde wurde von deutschen Nationalökonomen in den 1930er Jahren das später von Müller-Armack so genannte System der "Sozialen Marktwirtschaft" entwickelt, welches einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus darstellt. Auf Betreiben des ersten Wirtschaftsministers der Bundesrepublik Deutschland, Ludwig Erhard, wurde die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnungssystem der neuen Republik eingeführt. Die Soziale Marktwirtschaft ermöglichte den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, die Integration von Millionen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen und Wohlstand für alle. Mit großer Sorge muß in Deutschland ein Rückfall der Wirtschaft in den veralteten Kapitalismus des 19. Jahrhunderts beobachtet werden.

### **Unternehmer und Manager**

Der derzeit noch vorhandene Wohlstand in Deutschland beruht auf dem Unternehmertum der mittelständischen Wirtschaft. Beeinflußt durch die Ideologie des Neomarxismus habe die Bundesregierungen die Unternehmer mit immer stärkeren Soziallasten, wirtschaftsfeindlichen Auflagen und ökodiktatorischen Zwängen belastet, so daß immer mehr Unternehmen zusammenbrechen. Oft bleibt Unternehmern als Alternative zum Konkurs nur der Verkauf an die Kapitalwirtschaft übrig. Kapitalunternehmen werden nicht von selbständigen Unternehmern geführt, sondern von bezahlten Managern. Im Gegensatz zu Unternehmern haben Manager keinen Spielraum für soziale Verantwortung.

### **Verlust an Arbeitsplätzen**

*"Wenn unter dem Renditedruck internationaler Investmentfonds jede nationale Bodenhaftung und jedes Verantwortungsgefühl für die Erhaltung von Arbeitsplätzen im Lande verlorengeht, ja, der Abbau von Arbeitsplätzen als zulagenwürdiger Rationalisierungserfolg gilt, provozieren die Wirtschaftsführer von heute die Entfremdung der Menschen von unserem bewährten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und tragen mittelfristig zur Beschädigung dieser zwar sozialgebundenen, aber prinzipiell freien Wirtschaft bei. Sie provozieren am Ende auch politische Zwangsmaßnahmen, mit denen manche Ideologen, wie etwa Oskar Lafontaine, schon liebäugeln"* (Michael Rutz, Rheinischer Merkur vom 04.12.1998).

### **Exzessivgehälter in Deutschland**

Kapitalunternehmen sind gesellschaftlichen Kontrollmechanismen weitgehend entzogen. Es besteht deshalb die Gefahr, daß Kapitalunternehmen in eine gefährliche Nähe zur organisierten Kriminalität rücken. Der Allgemeinheit wird Kapital entzogen und auf Einzelpersonen verlagert, die krösusartige Reichtümer anhäufen. Hierdurch werden soziale Spannungen aufgebaut, die den Inneren Frieden gefährden und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands lähmen.

<b>Durchschnittsjahresgehälter von Vorstandsmitgliedern 2003</b>	
Deutsche Bank	6.700.000 Euro
Eon	4.400.000 Euro
Daimler-Chrysler	4.300.000 Euro
Allianz-Versicherung	2.800.000 Euro
Siemens	2.400.000 Euro
Deutsche Telekom	1.900.000 Euro
Volkswagen	1.800.000 Euro
Deutsche Post	1.300.000 Euro

Commerzbank	1.000.000 Euro
Lufthansa	500.000 Euro

### **Lösungsmöglichkeiten**

Vermutlich besteht die einzige Möglichkeit, den Kapitalismus in Deutschland zu bekämpfen, in der Stärkung der selbständigen Unternehmerschaft. Wir brauchen Wirtschaftsgesetze, welche die Konkurrenzfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft stärken. Hierzu gehört die Befreiung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratien, Soziallasten und ökologischen Auflagen sowie eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.